



Klimaschutz und Klimaanpassung in Kommunen geschlechtergerecht gestalten

Kommunen entscheiden mit darüber, wie klimafreundlich Mobilität, Wohnen, Stadt- und Raumplanung, Energieversorgung oder öffentliche Dienstleistungen sind. Wenn sie Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in diesen Bereichen geschlechtergerecht ausrichten, erhöhen sie deren Reichweite, Akzeptanz und Wirksamkeit.

Für Kommunen zählen Klimaschutz und Klimaanpassung bislang überwiegend als freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben und müssen grundsätzlich aus dem eigenen Haushalt finanziert werden. Zunehmend werden sie aber faktisch zur Pflicht. Beispiele sind die Umstellung der kommunalen Wärmeplanung auf erneuerbare Energien oder Landesgesetze, die Kommunen zur Erstellung von Klimaanpassungskonzepten verpflichten. Gleichzeitig gehört die Gleichstellung der Geschlechter zu den kommunalen Pflichtaufgaben.

Viele Kommunen haben Klimakonzepte erarbeitet, in denen sie Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen festlegen. Nur wenige greifen bisher Geschlechteraspekte auf, obwohl Klimaschutz und Klimaanpassung gleichstellungsrelevant sind. Geschlechterunterschiede wirken dabei häufig mit anderen sozialen Ungleichheiten zusammen, etwa Einkommen, Alter, Behinderung oder Sorgeverantwortung.

Warum Gleichstellung und Klimapolitik zusammengehören

Der Vierte Gleichstellungsbericht stellt fest: Die kommunale Ebene kann als gleichstellungsorientierter Transformationsbeschleuniger wirken, denn Gleichstellung spielt besonders vor Ort eine wichtige Rolle.

- » Menschen mit geringem Einkommen, darunter viele alleinerziehende Frauen und allein wohnende Seniorinnen, leben häufig in schlecht gedämmten Altbauten. Steigende Energiekosten treffen sie besonders und das Risiko von Energiearmut steigt. Kommunen können **Energiearmut vorbeugen**, indem sie soziale Aspekte bei der Sanierungsförderung, Energieberatung oder Wärmeplanung berücksichtigen.
- » Frauen sind in technischen Berufen und Beteiligungsprozessen in Bereichen wie Stadtplanung oder Klimaschutz häufig unterrepräsentiert. Kommunen können Beteiligungsformate flexibler und zugänglicher gestalten, stereotype Rollenbilder abbauen und gendersensible **Energie- und Klimaberatung fördern**.
- » Verkehrsplanung orientiert sich historisch vor allem an Pendelverkehren zwischen Wohn- und Arbeitsort. Komplexe Wegeketten, wie sie häufig im Zusammenhang mit Sorgearbeit entstehen, werden dagegen oft vernachlässigt. Kommunen können Mobilität gerechter gestalten, indem sie **barrierefreie Wege und passende Mobilitätsangebote für unterschiedliche Bedarfe schaffen**.
- » Frauen übernehmen häufiger als Männer die Verantwortung für die Ernährung der Familie. Kommunen könnten eine nachhaltige Ernährung stärken und zugleich Sorgearbeit entlasten,

„Grundlegende klimapolitische Rahmenbedingungen werden durch Bund und Länder bestimmt; wie sich Klimamaßnahmen sozial und geschlechterbezogen auswirken, wird jedoch insbesondere auf kommunaler Ebene geprägt.“

Pat Bohland, LIFE e.V.

indem sie Kantinen, Wochenmärkte oder Gemeinschaftsgärten unter sozialen und gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten planen und den **Zugang zu regionalen, gesunden Lebensmitteln erleichtern**.

- » Hitze, Luftverschmutzung oder Extremwetter belasten Frauen, ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen oft stark. Gleichzeitig tragen Frauen häufig die Hauptlast der Sorgearbeit, etwa bei der Pflege von Angehörigen während Hitzeperioden. Kommunen können sich an Extremwetterereignisse anpassen und Bewohner*innen unterstützen, indem sie für alle Menschen **sichere, grüne öffentliche Räume schaffen und zugängliche kühle Rückzugsorte bereitstellen**.



Erfolgsfaktoren für geschlechtergerechte Klimapolitik

Gleichstellung als Querschnittsthema verankern

Damit Klimaschutz und Klimaanpassung allen Menschen gleichermaßen zugutekommen, sollten Kommunen intersektionale Geschlechterperspektiven von Beginn an in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbeziehen. Voraussetzung dafür sind klare Zuständigkeiten, eine institutionell verankerte Gleichstellungs- und Klimapolitik sowie ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Gleichstellungs- und Klimaschutzakteur*innen, Fachämtern und externen Partner*innen schafft Synergien und trägt dazu bei, Geschlechterperspektiven in klimapolitische Prozesse zu integrieren. Einige Kommunen haben hierfür Strukturen entwickelt: In München etwa gibt es im Referat für Klima- und Umweltschutz eine örtliche Gleichstellungsbeauftragte. In Magdeburg werden im Klimabeirat das Gleichstellungsamt der Stadt sowie Vertreter*innen des Politischen Runden Tisches der Frauen / Geschlechtergerechtigkeit beteiligt.

Bestehende Instrumente gezielt nutzen

Kommunen müssen nicht bei null anfangen. Bestehende Instrumente wie die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene können genutzt werden, um Klima und Gleichstellung zu verbinden. Die Stadt Leipzig verfolgt in ihrem Aktionsplan zur Umsetzung der Charta zum Beispiel das Ziel, einen Leitfaden für geschlechtergerechte Stadt- und Verkehrsplanung zu entwickeln. Die Stadt Münster hat sich in ihrem aktuellen Aktionsplan (2024–2026) vorgenommen, einen Hitzeaktionsplan zu erstellen und umzusetzen, der besonders gefährdete Personengruppen schützt.

Öffentliche Mittel geschlechtergerecht einsetzen

Die Vergabe kommunaler Fördermittel sollte Gleichstellungsziele mitdenken und entsprechende Anforderungen berücksichtigen. Das gelingt etwa in Mobilitätsprojekten, die auf klimafreundliche Mobilitätsangebote für Menschen mit Sorgeverantwortung zielen. Paritätisch besetzte Projektteams, inklusive Beteiligungsformate und konkrete Gleichstellungsziele erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass unterschiedliche Bedarfe berücksichtigt werden. Braunschweig setzte bereits 2011/2012 einen gleichstellungsorientierten Planungsprozess für das Sanierungsgebiet „Westliches Ringgebiet – Soziale Stadt“ um. Bei dem aus EU-Mitteln geförderten Projekts wurde Wert auf Geschlechtergerechtigkeit gelegt: durch ein sicheres Fußwegenetz, das den Fußverkehr für Frauen, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen verbessert.

Gleichstellungswissen stärken

Um Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel geschlechtergerecht zu gestalten, benötigen Kommunen entsprechendes Wissen und Handlungskompetenz. Regelmäßige Trainings, Fachveranstaltungen und praktische Instrumente wie Selbstlernangebote tragen zur Wissensbildung bei. Das Projekt „Gender Mainstreaming im kommunalen Klimaschutz“ baut mit Gender-Mainstreaming-Trainings in 15 Modellkommunen Gleichstellungskompetenz auf.

Wirkung messen und weiterentwickeln

Ein systematisches Monitoring hilft Kommunen, die Wirkung geschlechtergerechter Klimapolitik sichtbar zu machen und Maßnahmen weiterzuentwickeln. Bislang konzentrieren sich viele Monitoring- und Evaluationsinstrumente auf CO₂-Einsparungen, während soziale und gleichstellungsbezogene Effekte oft unberücksichtigt bleiben. Dafür braucht es geschlechterdifferenzierte Daten, geeignete Gleichstellungsindikatoren sowie soziale Kriterien in Konzepten und Evaluierungstools – auch bei extern vergebenen Projekten. In Berlin bietet der Umweltgerechtigkeitsatlas eine Datenbasis, die die räumliche Überlagerung von Umweltbelastungen und sozialer Benachteiligung in der Stadt sichtbar macht.

Vom Konzept zur Praxis: Gleichstellung in kommunaler Klimapolitik

Kommunen gestalten Klimapolitik dort, wo sie die Menschen im Alltag berührt: in der Energieversorgung, der Mobilität, der Verwaltung oder beim Hitzeschutz. Einige Kommunen zeigen, wie Klimaschutz und Klimaanpassung so gestaltet werden können, dass unterschiedliche Lebenslagen berücksichtigt werden und mehr Menschen profitieren.

Energieberatung und Wärmeplanung für alle

Kommunen können die Potenziale von Energieberatungen besser erschließen, wenn sie unterschiedliche Zielgruppen erreichen. Dafür müssen sie Zugangshürden abbauen und passende Fördermöglichkeiten entwickeln. Besonders Frauen stehen dabei bisher seltener im Fokus.

Energieberatung in Erlangen und Wärmeplanung in Kempten

Erlangen zeigt, wie der Zugang zu Energieberatung verbessert werden kann. Die Beratung wird sowohl im Büro als auch durch aufsuchende Formate wie Baustellen-Spaziergänge oder ein Klimamobil direkt in den Stadtteilen angeboten. Für die geschlechterspezifische Anpassung der Energieberatung kooperieren Zuständige aus den Bereichen Gleichstellung, Klimaschutz, Energieberatung und kommunale Wärmeplanung. In Kempten wird der kommunale Wärmeplan nicht nur technisch erstellt, sondern so aufbereitet, dass er für die Öffentlichkeit gut verständlich ist.

- » Mehr Menschen nehmen Energieberatungsangebote wahr.
- » Haushalte mit geringem Einkommen erhalten besseren Zugang zu Informationen und Fördermöglichkeiten.
- » Das Risiko von Energiearmut wird verringert.



Geschlechtergerechte Mobilitäts- und Verkehrsplanung

Kommunen können in der Straßen- und Verkehrsplanung, in der Stadtentwicklung und in Zusammenarbeit mit ÖPNV-Anbietern zentrale Weichen für eine geschlechtergerechte und klimafreundliche Mobilität stellen. Wichtig sind Beteiligung, barrierefreie Gehwege, geschlechterdisaggregierte intersektionale Daten und eine faire Flächenverteilung. Besonders die Stärkung des Fußverkehrs unterstützt die Mobilität von Frauen, Kindern und älteren Menschen und fördert die Abkehr von autozentrierter Planung.

Sichere Schulwege und mehr Raum für Fußverkehr in Berlin

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin verteilt Flächen in Schulzonen neu und unterstützt damit den Fußverkehr. Straßen vor Schulen werden zeitweise für den motorisierten Verkehr gesperrt oder verengt. Der öffentliche Raum wird neugestaltet – etwa durch sichere Querungen, bessere Beleuchtung und barrierefreie Wege. Bei dem Konzept wurden unterschiedliche Nutzer*innengruppen beteiligt, insbesondere solche, die in der Verkehrsplanung bisher wenig berücksichtigt wurden. Das Klimaschutzteam des Bezirks arbeitet dazu mit dem Straßen- und Grünflächenamt zusammen.

- » Der Verkehr wird für die Bewohner*innen sicherer.
- » Menschen mit Sorgeaufgaben werden von Begleitwegen und Wegeketten entlastet.
- » Die Lärm- und Schadstoffemissionen werden gesenkt, während die Aufenthaltsqualität steigt.



Klimaneutrale Verwaltung als Vorbild

Viele Landesverwaltungen, aber auch Kommunen haben sich zur klimaneutralen Verwaltung verpflichtet. Die möglichen Maßnahmen reichen dabei von Mobilität über Gebäude und Energie bis hin zu Gesundheit und Ernährung. So haben zum Beispiel die Städte Frankfurt am Main und Stuttgart den „Milan Urban Food Policy Pact“ unterzeichnet, eine Verpflichtung unter Städten weltweit, um nachhaltige Ernährungssysteme zu entwickeln.

Gemeinschaftsverpflegung in der klimaneutralen Kommune

Kommunen können Konzepte für klimafreundliche Verpflegung in Kantinen, Kitas, Schulen und bei Veranstaltungen entwickeln. Dabei kann auf regionale, pflanzenbasierte und biozertifizierte Angebote gesetzt und auf Abfallreduktion geachtet werden. Mitarbeitende könnten dabei aktiv eingebunden, gemeinschaftliches Kochen und Essen ermöglicht und Informationsangebote bereitgestellt werden. Zudem können finanzielle Anreize, wie vergünstigte Mahlzeiten, gesundes Essen für alle fördern.



In vielen Städten gibt es bereits Ernährungsräte, die zu Teilen aus öffentlichen Mitteln finanziert und hier beteiligt werden können. Die Initiative „Bio Bitte – Mehr Bio in öffentlichen Küchen“ trägt zum Beispiel dazu bei, den Bioanteil in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung zu erhöhen.

- » Treibhausgasemissionen und Lebensmittelabfälle werden reduziert.
- » Menschen ernähren sich gesund und werden für klimabewusste Konsumententscheidungen sensibilisiert.
- » Geschlechterstereotype Ernährungsweisen werden aufgebrochen und Ernährungsarbeit kann reduziert werden.



Kommunaler Hitzeschutz für besonders betroffene Gruppen

Das Klimaanpassungsgesetz verpflichtet die Bundesländer, öffentliche Stellen zu bestimmen, die für Kreise und Gemeinde Klimaanpassungskonzepte entwickeln (§ 12 Abs. 1 KAnG). Einige Länder haben diese Aufgabe bereits den Kommunen übertragen. In den Klimaanpassungskonzepten werden Handlungsfelder zur Bewältigung von Klimafolgen wie Hitze, Trockenheit, Starkregen und Hochwasser bearbeitet. Ziel ist es, Infrastruktur, Natur und Bevölkerung vor extremen Wetterereignissen zu schützen. Darunter fällt der Gesundheitsschutz. Sozialräumliche und geschlechterdifferenzierte Analysen zeigen, welche Bevölkerungsgruppen und Stadtgebiete besonders von Klimafolgen wie Hitze betroffen sind. Dadurch können Klimaanpassungsmaßnahmen entwickelt werden, die gefährdete Gruppen schützen.

Geschlechtergerechte Hitzeaktionspläne

Mannheim, Münster und Worms entwickeln Hitzeaktionspläne, die gezielt besonders gefährdete Gruppen einbeziehen – darunter Schwangere, ältere und pflegebedürftige Menschen, Säuglinge, chronisch Erkrankte, Menschen mit Behinderungen sowie wohnungslose Personen. Die Aktivitäten umfassen sowohl niedrigschwellige Informationsangebote und Frühwarnsysteme wie Hitzetelefone oder Trinkpat*innen, die besonders hilfebedürftige Personen bei Hitze aufsuchen und zum Trinken animieren, als auch Trinkwasserversorgung, barrierefreie Toiletten und Duschmöglichkeiten im öffentlichen Raum.

- » Einwohner*innen werden vor hitzebedingten Gesundheitsrisiken geschützt und die Resilienz gegenüber Klimafolgen gestärkt.
- » Unterschiedliche Zielgruppen werden besser erreicht.
- » Geschlechterspezifische und soziale Unterschiede in der Betroffenheit von Hitze werden sichtbar.

Zum Weiterlesen



- » Bohland, Pat/Lunnebach, Silke/Pallaver, Greta/Richter, Cordula (2026): Gleichstellung als Schlüssel kommunaler Klimapolitiken. Rahmenbedingungen und Praxisbeispiele. Studie zum Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Berlin: Bundesstiftung Gleichstellung.
- » Bundesregierung (2025): Vierter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. BT-Drucksache 20/15/15105, Berlin.
- » Weißenberger, Lukas (2026): Vom Extra zum Standard: Wie Kommunen Geschlechterverhältnisse in ihrer Klimapolitik verankern. Blogbeitrag zum Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin: Bundesstiftung Gleichstellung.
- » Praxisbeispiele zur Umsetzung von geschlechtergerechten Klimavorhaben: <https://www.gleichstellungsbericht.de/gleichstellungsberichte/vierter-gleichstellungsbericht/4GSBpraxisbeispiele/>

Alle Publikationen rund um den Vierten Gleichstellungsbericht zum Download: <https://www.gleichstellungsbericht.de/veroeffentlichungen>

Impressum

Das Themenblatt basiert ebenso wie die Studie „Gleichstellung als Schlüssel kommunaler Klimapolitiken“ auf den Erkenntnissen des Projekts „Gender Mainstreaming im kommunalen Klimaschutz“. Das Projekt wird von der Nationalen Klimaschutzinitiative gefördert und von LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e. V. und Klima-Bündnis e. V. von 2024 bis 2027 umgesetzt.

Bearbeitung: Pat Bohland und Greta Pallaver, LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e. V.

Kontakt: umwelt@life-online.de Redaktion: Bereich Gleichstellungsberichte in der Bundesstiftung Gleichstellung, Karl-Liebknecht-Str. 34, 10178 Berlin Kontakt: gleichstellungsbericht@bundesstiftung-gleichstellung.de

Illustrationen: Prime One – Kinky Illustrators

Erscheinungsjahr 2026

